

## Schlagzeile:

### Clintons Rede vor der UN-General Versammlung nicht in Übereinstimmung mit bisheriger Landminenpolitik der USA

#### Fakten:

In seiner Rede zur Eröffnung der 49. Sitzungsperiode der UN-Generalversammlung sprach US-Präsident *Clinton* auch das Problem des weltweiten Einsatzes von Landminen an. Dabei rief er alle Staaten auf, sich den Vereinigten Staaten anzuschließen, um ein Abkommen zu schließen, das zu einer Verringerung des Bestandes und der Verfügbarkeit dieser Waffen führt. Er machte deutlich, dass die Befreiung der Welt von diesen versteckten Kampfmitteln ein wesentlicher Beitrag ist, um das Leben Zehntausender Männer und Frauen sowie unschuldiger Kinder in den nächsten Jahren zu retten.

#### Kommentar:

Mit diesem noch recht allgemein gehaltenen Aufruf geht Präsident *Clinton* zweifellos über das hinaus, was bisher als offizielle Position der USA zu erkennen war. Noch im Mai diesen Jahres machte der stellvertretende Abteilungsleiter im Außenministerium für politische und militärische Angelegenheiten *Thomas McNamara* deutlich, dass die amerikanische Regierung im wesentlichen drei Ziele in der aktuellen Landminen-Diskussion verfolgt: zum einen forderte man die übrigen Staaten auf, sich dem amerikanischen Exportmoratorium anzuschließen; zum anderen wollen sich die USA bei der Überprüfungskonferenz zum Minenprotokoll des UN-Waffenübereinkommens dafür einsetzen, dass alle Minen einen beträchtlichen metallischen Anteil haben und bestimmte Minen sich selbst entschärfen müssten; des weiteren sollen schwerpunktmäßig Minenräumaktionen nach Beendigung eines Konfliktes finanziell, personell und technisch unterstützt werden (vgl. Bo-Fax Nr. 108 vom 30. 5. 1994). Exportmoratorien stellen sicherlich eine Möglichkeit dar, die Verfügbarkeit von Landminen zu verringern, sofern sich eine Vielzahl von Staaten diesem Schritt anschließen. Eine Verringerung des Bestandes dieser Waffen wird indessen kaum erreicht, da damit kein Produktionsverbot verbunden ist und die nationalen Arsenale unberührt bleiben. Schließlich ist zu bedenken, dass die bisherigen Exportmoratorien der USA, Deutschlands, der

Niederlande etc. einseitige nationale Maßnahmen sind. Bislang sind indessen noch keine Schritte unternommen worden, die Verfügbarkeit der Landminen mittels eines völkerrechtlichen Abkommens, so wie dies *Clintons* Aufruf wohl vorsieht, zu begrenzen. Auch die Generalversammlung hat die Staaten bislang nur aufgefordert, einem Moratorium über den Export von sog. Anti-Personenminen zuzustimmen und dieses umzusetzen (UN-Doc. A/RES/48/75 K).

Die Anzahl der gegenwärtig verfügbaren Landminen kann schließlich - wenn Präsident *Clinton* seinen Aufruf wirklich ernst meint - nur durch ein absolutes Produktions-, Lagerungs- und Exportverbot von zumindest einigen Minentypen (hier ist an die Anti-Personenminen zu denken) erreicht werden.

In Anbetracht dessen, dass in der Staatenwelt noch erhebliche Vorbehalte gegen derartig weitgehende Regelungen bestehen, muss der Vorstoß von *Clinton* als Repräsentant der wichtigsten Militärmacht als sehr förderlich für die gegenwärtigen Beratungen zur Vorbereitung der Überprüfungskonferenz zum Minenprotokoll des UN-Waffenübereinkommens angesehen werden. Unverständlich ist in diesem Zusammenhang allerdings, warum die Vereinigten Staaten ihre Ratifikation des Minenprotokolls, das bereits jetzt zum Schutz der Zivilbevölkerung einige wichtige Einsatzbeschränkungen für Landminen in einem internationalen bewaffneten Konflikt enthält, so lange hinauszögern. Ein solcher Schritt würde sicherlich die Bereitschaft vieler Staaten fördern und hätte sie auch schon viel früher gefördert, diesen Vertrag zu ratifizieren oder ihm beizutreten. Nur eine breite Akzeptanz und völkerrechtliche Verbindlichkeit, vergleichbar mit der der Genfer Abkommen und inzwischen auch der Zusatzprotokolle, gewährleistet die Einhaltung zumindest einiger Mindestbeschränkungen für den Einsatz von Landminen, bis man sich eventuell doch auf ein absolutes Verbot von Landminen einigen kann.

Insoweit bleibt abzuwarten, wie die US-Administration die Initiative *Clintons* konkretisieren wird.